

Der Papst kommt - nach Chile

800.000 argentinische Besucher erwartet

Buenos Aires - Die argentinischen Grenzbehörden rechnen mit bis zu 800.000 Gläubigen, die zum Besuch von Papst Franziskus Mitte Januar über die Anden in das Nachbarland Chile pilgern werden. Das teilte die Provinzregierung von Mendoza mit. Es würden zur Bewältigung des Ansturms von Autos und Bussen entlang der Strecke sieben Gesundheitsposten errichtet, 300 Polizisten seien im Einsatz.



Umringt von Landsleuten: Papst Franziskus am Mittwoch bei der Generalaudienz im Vatikan.

Auch auf seiner sechsten Lateinamerikareise besucht der Papst nicht sein Heimatland Argentinien. Vom 15. bis 18. Januar ist er im benachbarten Chile und feiert mehrere Messen, danach bis zum 21. Januar in Peru. Es wird erwartet, dass ein Thema auch die schwierige Lage der indigenen Minderheiten sein wird. In Chile kämpfen die Mapuche gegen Landvertreibungen, in Peru fühlen sich Ureinwohner im Amazonasgebiet durch die dramatische Zunahme illegaler Goldminen und damit verbundene Verseuchung von Flüssen in der Existenz bedroht.

Vor 60 Jahren war der heute 81 Jahre alte Jorge Bergoglio

dem Jesuitenorden beigetreten und hatte zeitweise auch in Chile studiert. Als Papst war der frühere Erzbischof von Buenos Aires seit 2013 in Lateinamerika bisher in Brasilien, Ecuador, Bolivien, Paraguay, Kuba, Mexiko und Kolumbien - nun folgen in Kürze Peru und Chile.

Die katholische Kirche in Argentinien bedauert, dass Franziskus auch auf der sechsten Lateinamerikareise sein Heimatland

nicht besucht. „Es ist ein bisschen schmerzhaft, dass er über uns hinwegfliegen und auf der anderen Seite (der Anden) landen wird“, sagte am Donnerstag der Sprecher der argentinischen Bischofskonferenz, Jorge Oesterheld, dem Radiosender Mitre.

„Uns Argentinern fällt es etwas schwer, das zu verdauen. Aber der Papst hat sein Land sehr gerne und wird eine Gelegenheit finden, um zu kommen. Er wartet auf den richtigen Moment. Er hat einen vollen Terminkalender“,

► Inhalt

Klicken Sie bitte auf den Titel des gewünschten Artikels oder die gewünschte Rubrik

Argentinien

Die Woche in Argentinien.....3

Meinung

Reiche Gewerkschafter4

Im Blickfeld: Feuer und Zorn.....5

Randglossen7

Wirtschaft

ZB senkt Referenzzinssatz auf 18%8

Umfassende Reformen

im Staat9

Argentinien10

Lateinamerika14

Geschäftsnachrichten.....15

Wirtschaftsübersicht

Die komplexe Energieproblematik.....17

Stark gestiegene Kfz-Importe

im Jahr 201719

sagte Oesterheld. Der Bischof Santiago Olivera sagte im Radiosender 10: „Er sorgt sich um die ganze Welt, nicht nur um Argentinien.“

Dass Franziskus einen Bogen um seine Heimat macht, dafür gibt es mehrere Mutmaßungen in Argentinien. Zum einen wolle er nicht zum Spielball der argentinischen Innenpolitik werden und von Präsident Mauricio Macri oder seiner linken Widersacherin, Ex-Präsidentin und Vorgängerin Cristina Kirchner, vereinnahmt werden. Diese war ihm als Präsidentin im Jahr 2015 sogar bis nach

Kuba hinterhergereist.

Zudem soll Franziskus Macri nicht verzeihen haben, dass dieser als damaliger Bürgermeister von Buenos Aires keine Berufung gegen ein Urteil eingelegt hatte, mit dem die Homo-Ehe in Buenos Aires genehmigt wurde - das Erzbistum kritisierte das öffentlich. Zudem soll er einen unzureichenden Einsatz Macris für Arme kritisieren.

(dpa)

IMPRESSUM

Argentinisches Tageblatt

- ▶ Verlag und Verwaltung: Ciudad de La Paz 1410
C 1426 AHB Buenos Aires
- ▶ Telefon/Fax: (5411) 4782-5104 / 4785-0227 /
4780-4353
- ▶ Internet: www.tageblatt.com.ar
- ▶ E-Mail: info@tageblatt.com.ar
atda@tageblatt.com.ar
(Digitale Ausgabe)
vereine@fibertel.com.ar
(Gemeinschaften)
atpublicidad@fibertel.com.ar
(Anzeigenabteilung)
atsuscripciones@fibertel.com.ar
(Abonnements)

Folgen Sie uns
auf Twitter!

@ATdeBuenosAires

Redacción y Administración:

Ciudad de La Paz 1410 - C 1426 AHB, Buenos Aires

Propiedad de: ALEMANN S.R.L.

Director: Dr. Roberto T. Alemann

Reg. Nacional de la Propiedad Intelectual: N° 5.346.916

„...mit echtem Freisinn und unerschütterlicher Überzeugungstreue die Deutschsprechenden im Lande den Weg des Fortschritts und der Freiheitsliebe zu führen“

Argentinisches Tageblatt, Nr. 1 (29. April 1889)



**Medienpreis
Dialog für
Deutschland
2012**



**Swiss
Award 2013**

Die Woche in Argentinien

Gewerkschaftsboss verhaftet

Gewerkschaftsführer Marcelo Balcedo ist am Donnerstag vergangener Woche auf seiner Luxusfarm nahe des uruguayischen Badeorts Punta del Este festgenommen worden. Gegen den Chef der Gewerkschaft der Arbeiter und Angestellten zweier Ministerien war Ende Dezember ein internationaler Haftbefehl erlassen worden. Balcedo wird Erpressung, Geldwäsche, Steuerhinterziehung und Unterschlagung von Gewerkschaftsgeldern vorgeworfen. Bei seiner Festnahme wurden 400.000 US-Dollar, ein Waffenarsenal und Luxusautos beschlagnahmt. Der Gewerkschaftsboss ist auch Inhaber eines Medienunternehmens in La Plata und wird mit der Drogenbande „Los Monos“ aus Rosario in Verbindung gebracht. Argentinien hat seine Auslieferung beantragt.

USA bannen Timerman

Héctor Timerman darf nicht mehr in die USA. Der ehemalige Außenminister wollte in der Nacht zum Mittwoch dorthin, um sich einer Krebsbehandlung zu unterziehen. Auf dem Flughafen Ezeiza erfuhr er, dass die USA seinen Visa-Antrag abgelehnt hatte. Der Grund: Der frühere argentinische Chefdiplomat steht wegen Verdeckens einer Straftat unter Anklage. Ihm wird vorgeworfen, mit seiner Unterschrift unter ein iranisch-argentinisches Memorandum, die Aufklärung des Amia-Attentats von 1994 verhindern versucht zu haben. Der Fall Timerman ist äußerst skurril. Der Argentinier lebte zehn Jahre in den Vereinigten Staaten, und er besaß die US-Staatsbürgerschaft, die er erst ablegte, als er Generalkonsul Argentiniens in New York wurde. Anschließend vertrat er sein Land als Botschafter in Washington. Er gilt auch als einer der Protagonisten der antiamerikanischen Politik der Kirchner-Jahre.

Stadt der Streiks

Dass die Bewohner der Hauptstadt Argentiniens fleißig auf die Straße gehen, um ihrem Unmut Ausdruck zu verleihen und um Rechte zu kämpfen, zeigt eine aktuelle

Statistik des Meinungsforschungsinstituts Diagnóstico Político (DP). Auch wenn im vergangenen Jahr auf nationaler Ebene die geringste Anzahl von Streiks seit 2011 verzeichnet wurde, gab es in Buenos Aires mit 849 Bewegungen einen Zuwachs von 32 Prozent. Im Durchschnitt waren das 2,3 Streiks pro Tag, die den Verkehr teils beträchtlich beeinflussten. Die größten Bewegungen wurden in den Monaten März und September verbucht. Der städtische Regierungschef, Horacio Rodríguez Larreta, konnte sein offizielles Versprechen, mit der neuen Stadtpolizei das Chaos zu ordnen, somit nicht erfüllen. „In Argentinien wird aus allen möglichen Gründen gestreikt“, so die Experten. 80 Prozent seien laut Patricio Giusto, dem Direktor der DP, nicht gegen die Regierung gerichtet gewesen. Der Bericht basiert auf den Daten einer täglichen Umfrage von mehr als 200 Print- und Digitalmedien, die seit 2009 erfasst werden.

Reisen in Nachbarländer

Noch nie waren so viele Argentinier in angrenzende Länder gereist: 9,5 Millionen Reisen wurden im Jahr 2017 verzeichnet, wie Clarín am Freitag der vorigen Woche berichtete. Diesen Sommer wird ein neuer Rekord erwartet. Übergänge nach Chile, Uruguay, Brasilien und Paraguay sind im vergangenen Jahr um satte 12 Prozent gestiegen. Das waren mehr als 1000 Abflüge pro Stunde, somit hat sich der Trend seit 2014 verdoppelt. 2,6 Millionen argentinische Gäste konnte das Strandbad Punta del Este in Uruguay verzeichnen, das höchste Niveau in mindestens 30 Jahren. Auch Chile ging mit 1,8 Millionen Besuchern als heißer Favorit der Argentinier hervor und Paraguay konnte zum ersten Mal die 1-Million-Marke knacken. Brasilien erwartet in diesem Jahr rund 2,7 Millionen Urlauber aus Argentinien. Der günstige Wechselkurs, Express-Einkaufstourismus sowie das ausgebauten Angebot an Billigflügen sind einige der Gründe für die Zunahme der Auslandsbesuche. (AT/eha/stk)

Reiche Gewerkschafter

Von Juan E. Alemann

Der Generalsekretär der Gewerkschaft SOEME, die die Arbeiter der öffentlichen Schulen der Provinz Buenos Aires umfasst, die keine Lehrer sind, Marcelo Balcedo, hat sich als Multimillionär entpuppt, mit einem großen und sehr luxuriösen Landbesitz in der Nähe von Punta del Este, vielen Luxusautos, einem Flugzeug und rund einer halben Million Dollar in bar. Die Aufdeckung des Falles, die vom Fernsehen breitgetreten wurde, schlug wie eine Bombe ein. Wie kommt eine Mann, der eine unbedeutende Gewerkschaft leitet, zu einem so großen Vermögen?

Zunächst deutet dies darauf hin, dass Mittel aus den Beiträgen der Gewerkschaftsmitglieder in seine Tasche geflossen sind. Mit seiner Entlohnung als Generalsekretär kann er diesen Reichtum nicht entfernt rechtfertigen. Allein, er hatte auch eine Zeitung, "Hoy", die in La Plata erscheint, mit der er Erpressungsmanöver vollzog. Dabei wurde er schon vor Gericht angeklagt und verurteilt. Doch auch das erklärt sein Vermögen nicht. Es besteht der Verdacht, dass er auch beim Drogenhandel mitgemacht hat und dabei seine Stellung als Gewerkschafter als Fassade genutzt hat.

Balcedo ist ein extremer Fall, aber nicht der einzige. Auch die schon verhafteten Gewerkschafter Omar "Caballo" Suarez (Hafenarbeiter) und Juan Pablo "Pata" Medina (Bauarbeiter von La Plata), weisen unternehmerische Tätigkeiten und ansehnliche Vermögen aus. Und unzählige andere sind auch viel reicher, als sie es bei ihrem normalen Einkommen als Gewerkschaftssekretäre sein könnten. Als die heutige Sicherheitsministerin Patricia Bullrich unter Präsident Fernando de la Rúa Arbeitsministerin war, bestimmte sie, dass alle Gewerkschafter eine Vermögenserklärung einreichen mussten. Darauf gab es, wie zu erwarten, großen Krach, und der feige De la Rúa gab nach und setzte sie ab. Es ist an der Zeit, dass jene Initiative wieder aufgenommen wird.

Korrupte Gewerkschafter sollten sich an die Grundregel halten, die auch für hohe Regierungsbeamte gilt: Das gestohlene Geld kann nicht gezeigt werden. Es muss vorwiegend im Ausland versteckt werden. Doch dann fragen sich die Korrupten, wozu sie stehlen, wenn sie das Geld nicht genießen können.

Präsident Carlos Menem wird auch verdächtigt, sich auf Staatskosten bereichert zu haben. Aber er konnte das sichtbare Vermögen, nämlich das Haus in Anillaco und das seiner Tochter im Stadtviertel Belgrano R, mit der Entschädigung rechtfertigen, die er wegen der unrechtmäßigen Verhaftung durch die Militärdiktatur erhalten hat. Tatsache ist, dass er Prozesse wegen Waffenschmuggel nach Kroatien und Ecuador, wegen der Explosion der Sprengstofffabrik in Rio Tercero und wegen Zahlung von Extragehältern an hohe Beamte hat, aber nicht wegen unrechtmäßiger Bereicherung.

Hingegen haben die Kirchners ihren zunehmenden Reichtum offen gezeigt, mit mehreren Hotels, dem Haus in Calafate u.a. Gütern, wie auch der fast einer halben Million Dollar in bar, die Tochter Florencia in einem Bankfach der Banco de Galicia hatte. Néstor Kirchner hatte vor seinen öffentlichen Ämtern ein sehr bescheidenes Vermögen. Alles was danach kam, war gestohlen. Indessen blieb der größte Teil seines immensen Vermögens im Ausland versteckt. Cristina K. verwendet diese Mittel für lokale Politik, läuft dabei jedoch Gefahr, dass dies gelegentlich aufgedeckt wird.

Der Kampf gegen die Korruption ist ein grundsätzlicher Aspekt der Macri-Regierung. Lilita Carrió sorgt bei "Cambiamos" dafür, dass dies nicht vergessen wird. Beim "Frente Renovador" von Sergio Massa ist Margarita Stolbitzer dafür zuständig. Bei den Parteien die Cristina unterstützen, "Frente para la Victoria" und "Union Ciudadana", befasst sich niemand mit dem Thema, was gewiss verständlich ist.

Im Blickfeld

Feuer und Zorn

Von Stefan Kuhn

Jetzt wissen wir es. US-Präsident Donald Trump ist unfähig, sein Amt auszuüben, im Weißen Haus herrscht das Chaos, und die Mitarbeiter des Präsidenten halten ihren Chef für einen ausgemachten Deppen. Das jedenfalls sind die Kernthesen von Michael Wolffs Enthüllungsbuch „Fire and Fury“ (Feuer und Zorn), das vergangenen Freitag in den USA erschien. Grundsätzlich neu ist das nicht. Wer den Präsidenten in seiner fast einjährigen Amtszeit einigermaßen aufmerksam beobachtet hat, kommt wohl zu einem ähnlichen Ergebnis. War da nicht etwas mit Außenminister Tillerson, der öffentlich erklären musste, dass er Trump nicht als „Idioten“ bezeichnet hatte? Allein mit Trumps Twitter-Botschaften könnte man ein ganzes Buch füllen. Sie sind sinnentleert, beleidigend und peinlich. Auf Kritik an ihm reagiert der Alte wie ein beleidigtes Kind.

Wolff fügt dem noch einige unbekannte Anekdoten hinzu und schafft ein amüsanter Gesamtbild, über das wohl nur Zyniker lachen können. Immerhin geht es dabei um den mächtigsten Mann der Welt - den mit dem Atomkoffer. Der Autor plaudert aus dem Nähkästchen, er hatte bis zum August, bis zur Entlassung von Trumps Chefstrategen Steve Bannon, ungehinderten Zugang zum Weißen Haus. Er beobachtete, führte Gespräche, machte sich Notizen. Einer seiner wichtigsten Informanten war Bannon, das Sprachrohr der ultrakonservativen „Alternativen Rechten“. Von Bannon stammen auch die explosiven vorab veröffentlichten Zitate über Trump-Sohn Donald Jr. („Verrat, unpatriotisch, übler Mist“), die den Präsidenten dazu veranlassten, Bannon via Twitter vorzuwerfen, er habe nicht nur seinen Job, sondern auch „den Verstand

verloren“. Bannon steht inzwischen auch als Verräter der „rechten“ Sache da. Er verlor wichtige Sponsoren und seinen Job als Chef der ultrarechten „Breitbart News“.

Mit Trump hat Michael Wolff einiges gemein. Beide tun fast alles für den Erfolg, und beide nehmen es mit der Wahrheit nicht so genau. Mit dem Unterschied, dass Trump selbst die größten Lügen noch für Wahrheit hält und Wolff schon im Vorwort Widersprüchlichkeiten zugeibt und Unwahrheiten nicht ausschließt. Damit macht er es sich aber etwas zu leicht. In Kritiken werden ihm auch sachliche Fehler und mangelnder Faktencheck vorgeworfen. Seine Kernthesen hält man mehrheitlich für richtig. Letzteres mag zutreffen, aber für mangelnde Sorgfalt gibt es keine Entschuldigung. Es ist schon von Bedeutung, ob ein Politiker, Lobbyist oder sonst wer bei einem Gespräch anwesend war oder nicht. Das „Fake News“- oder „Lügen“-Geschrei aus der Trump-Ecke wird nicht ausbleiben. Schludrigkeit macht den Autor angreifbar.

Das kann man zumindest ein wenig relativieren. Selbst ein wasserdichtes Werk, in dem alle Zitate korrekt belegt sind, würde vom Präsidenten in die „Fake News“-Schublade geworfen werden.

Langfristige Wirkung dürfte das Buch nicht haben, sieht man von den Kontobewegungen des Verlags und des Autors einmal ab. Trumps Attacken dürften den Verkauf zusätzlich befeuern. Dass es irregeleiteten Trump-Anhängern die Augen öffnet, darf man bezweifeln. Wenn er tobt und pöbelt, ist er „authentisch“, ist er ihr Held. Wenn er vor dem Fernseher einschläft auch. Er ist einer von ihnen.

Menschen, die angewidert von ihrem Präsidenten sind, die seine Politik verabscheuen oder ihn einfach nur peinlich finden, fühlen sich von Wolff bestätigt.

Das größte Manko von Wolffs Werk ist, dass es sich um eine Momentaufnahme handelt. In einigen Rezensionen wird hervorgehoben, dass allein das Erscheinen des Buchs ein Beweis für das Chaos im Weißen Haus ist. Wie konnte sich ein Maulwurf wie Wolff ein halbes Jahr ungehindert im Zentrum der Macht bewegen? Das ist richtig. Allerdings sind seither viele Köpfe gerollt. Bannons, der mit Trump-Tochter Ivanka und deren Mann Jared Kushner im Dauerclinch lag. Pressesprecher Sean Spicer musste ebenso gehen wie Stabschef Reince Priebus. Seit General John F. Kelly im August das Amt des Stabschefs übernommen hat, ist das Chaos überschaubarer geworden, erste politische Erfolge zeichnen sich ab. Mag sein, dass sich die Meinung der Mitarbeiter über den Präsidenten nicht geändert hat, aber diejenigen, die noch da sind, haben eine Lakaienrolle eingenommen.

Der Präsident hat sich nicht geändert. Er könnte das

auch nicht. Und er sorgt dafür, dass sich die Medien an ihm abarbeiten. Während die das tun, vollzieht sich in den USA eine beunruhigende Wende. Die nach der Deepwater-Horizon-Katastrophe 2010 erlassenen Sicherheitsvorschriften für die Ölsuche im Golf von Mexiko wurden aufgehoben. Das Wort „Klimawandel“ darf in Regierungsberichten nicht mehr vorkommen. Richterämter werden mit jungen, ultrakonservativen Juristen besetzt. Anfragen demokratischer Kongressabgeordneter werden ignoriert. Die Liste ließe sich beliebig verlängern. Das dürfte durchaus im Sinne Trumps sein, dass er es koordiniert, ist eher unwahrscheinlich. In einem Jahr hat man gelernt, sich Trumps „Wahnsinn“ dienstbar zu machen.

Trumps Reaktion auf Wolffs Buch ist symptomatisch für den geistigen Zustand des Präsidenten. Er sei nicht dumm und instabil, sondern ein „mental gefestigtes Genie“, verkündete er auf Twitter. Seine Leute lassen ihn in diesem Glauben.

Randglossen

Eine bezahlte Arbeitsstelle beim Staat zu erhalten, ist das gewünschte Ziel zahlloser Personen in Argentinien, um dann, wenn möglich, das Gehalt am Monatsende zu beziehen, ohne gearbeitet zu haben. Diese Scheinarbeiter werden volkstümlich als „Ñoquis“ bezeichnet, eine aus Italien stammende Speise, die jeweils am 29. jedes Monats anfällt. Dieser Tage verlautete im nationalen Kongress, dass die sogenannten „Ñoquis“ (ital. Gnocchis) entlassen werden, derweil auch ein Register eingeführt werden soll, damit Angestellte des Kongresses freiwillig mit Entschädigungen ausscheiden können. All das soll die Kongressbürokratie verkleinern. Gewählte Politiker im Kongress pflegen Freunde dort zu beschäftigen, die Gehälter beziehen, ohne zu arbeiten. Die Macri-Regierung, mit Vizepräsidentin Gabriela Michetti als Vorsitzende des Senats, bemüht sich redlich, um unnötige Gehaltsausgaben abzubauen und damit den inflationstreibenden aufgeblähten Beamtenstab zu verringern.

Es war Hollywoods Nacht der starken Frauen, die in Schwarzen Roben und impulsiven Kampfansagen an Sexismus, Missbrauch und Benachteiligung bei der Golden Globes-Verleihung glänzten. Die Verabredung lautete: #AllBlackEverything (#AllesSchwarz). Doch wie elegant kann stummer Protest sein? Das kollektive Schwarz beraubte den roten Teppich nicht nur seiner

Existenz, sondern zeigte sich vor allem in gewagten, dekolletierten, transparenten und beinfreien Kleidern. Diese divenhafte Art, Solidarität mit der #MeToo-Bewegung zu zeigen, verfehlte nicht nur ihre Wirkung, sondern verdeutlichte einmal mehr, worum es in Hollywood wirklich geht. Vielleicht sollten die Stars beim nächsten Mal eine Farbe wie Grün in Erwägung ziehen - eine Farbe die für Hoffnung, Wandel und Neubeginn steht, und weniger für Trauer, Tod und Abschied. Denn verabschiedet hat sich vom kleinen Schwarzen in Hollywood niemand.

Kann man Donald Trump stoppen? Das ist fast unmöglich. Ein Amtsenthebungsverfahren wäre natürlich eine Möglichkeit, aber dafür müsste man dem US-Präsidenten ein kriminelles Delikt oder geistige Unzurechnungsfähigkeit nachweisen. Sicher, man könnte in beiden Fällen etwas finden, nur nicht eine Mehrheit im Kongress. Wahlen sind auch ein Mittel, aber bei den Zwischenwahlen im November bekommt er höchstens einen Nasenstüber und regiert weiter. Zumindest bis zu den Präsidentschaftswahlen 2020. Die einzige Chance wäre wohl, ihn mundtot zu machen. Wenn man Trumps Twitter-Konto sperren würde, wäre das ein Schlag, von dem er sich kaum erholen würde.

ZB senkt Referenzzinssatz auf 18%

Am Dienstag senkte die ZB den Zinssatz für Swap-Geschäfte auf 7 Tage um 0,75 Prozentpunkte, von 28,75% auf 28%. In Finanzkreisen war eine stärkere Senkung erwartet worden, von etwa 1,25 Prozentpunkten. ZB-Präsident Federico Sturzenegger hat dem Wunsch des Kabinettschefs (der für Präsident Macri spricht) und der Minister Dujovne und Caputo entsprochen, aber nur in bescheidenem Ausmass.

Nächste Woche wird sich zeigen, ob dieser Satz auch für kurzfristige Lebac-Wechsel (auf 35 Tage) gilt. Dabei besteht die Gefahr, dass weniger Interesse für Lebac besteht, so dass der hohe Betrag, der verfällt, nicht erneuert werden kann, und dabei eine bedeutende expansive monetäre Wirkung entsteht. Die ZB kann eben den Zinssatz für Lebac-Wechsel nicht willkürlich festsetzen, sondern sie muss dafür sorgen, dass ausreichendes Interesse besteht, um mindestens den Verfall bestehender Lebac auszugleichen.

Die ZB hält die 12-Monatsrate der monetären Expansion, gemessen mit der monetären Basis (Banknoten im Umlauf plus Bankdepositen bei der ZB) seit langer Zeit um die 25%, wobei es gelegentlich bis zu 30% sind. Das steht im Einklang mit einer Inflation, gemessen am INDEC-Index der Konsumentenpreise. Wenn nicht genügend Lebac untergebracht werden, dann besteht die Gefahr, dass die monetäre Expansionsrate auf 40% und mehr steigt, was dann in höheren Devisenkäufen und mehr Inflation zum Ausdruck kommt.

Die Kritik an dem hohen Lebac-Zinssatz besteht darin, dass dies die Zinsen allgemein in die Höhe treibt und die Konjunktur bremst. Indessen ist es so, dass die gesamten Bankkredite, in Pesos und Dollar, nur um die 15% des Bruttoinlandsproduktes liegen (gegen über 50% in vergleichbaren Ländern und über 100% in hoch-

entwickelten). Außerdem besteht ein großer Teil dieser Kredite in Konsumkrediten und persönlichen Krediten, bei denen die Zinsen ohnehin weit über 28% und auch 28,75% liegen. Und dann muss berücksichtigt werden, dass in Argentinien der Bereich der Wucherkredite, die von Finanzanstalten vergeben werden, die nicht von der ZB kontrolliert werden (weil sie angeblich keine Depositionen von Dritten aufnehmen) eine Größenordnung hat, die nicht weit entfernt von der der Bankkredite liegt. Und hier gehen die Zinsen bis zu 100%. Somit sollte man die Bedeutung des Referenzzinssatzes der ZB nicht überschätzen. Das Kreditsystem ist in Argentinien ganz anders gestaltet als in fortgeschrittenen Ländern, weshalb auch der Referenzzinssatz der ZB eine unvergleichbar geringere Bedeutung als der der Federal Reserve oder Europäischen ZB hat.

Wenn das Defizit der Staatsfinanzen abnimmt und das Schatzamt somit weniger finanzielle Mittel von der ZB fordert, dann braucht die ZB auch nicht mehr so hohe Lebac-Beträge unterzubringen, um dies zu neutralisieren. Es ist jetzt vorgesehen, dass das Schatzamt weniger Mittel von der ZB fordern wird, aber nicht so sehr wegen eines geringeren Defizits, sondern weil direkt Schatzscheine ausgegeben werden. Wenn diese auf Pesos oder Dollar lauten und bei den lokalen Banken untergebracht werden, dann ist die Wirkung schließlich die gleiche wie bei den Lebac. Es müsste erreicht werden, dass Schatzscheine in Dollar mit den lokalen Dollarguthaben gezeichnet werden, die laut Schätzung der Federal Reserve der USA insgesamt über u\$ 50 Mrd. ausmachen. Doch dabei ergibt sich ein steuerliches Problem, weil diese Bardollar zum größten Teil schwarz sind.

Umfassende Reformen im Staat

Mit einem am Donnerstag veröffentlichten Notstandsdekret, das 170 Artikel enthält, hat die Regierung zahlreiche Reformen der staatlichen Struktur unternommen, mit dem Ziel der Vereinfachung und Verbesserung der Amtsverfahren. Dabei sollen auch unproduktive Kosten für die Privatwirtschaft abgeschafft werden. Produktionsminister Francisco Cabrera erklärte, die Regierung strebe eine Verringerung der Produktionskosten von insgesamt \$ 100 Mrd. an. Wichtige Aspekte des Dekretes sind folgende:

- ▶ Zulassung von Lastwagen mit zwei Anhängern (benannt "bitrenes")
- ▶ Erhöhung des Höchstgewichtes bei Lastwagen mit einem Anhänger von 45 auf 55 Tonnen.
- ▶ Regulierungsmassnahmen für vierrädige Motorräder.
- ▶ Abschaffung der Forderung eines Dekretes der Regierung, um Häfen und Omnibusstationen einzurichten.
- ▶ Schaffung des Staatssekretariates für produktive Vereinfachung (mit Pedro Inachauspe als Staatssekretär).
- ▶ Die Landgüter, Immobilien und Rinder des Heeres werden dem AABE-Amt (Agencia de Administración de Bienes del Estado) übertragen. Das ist ein erster Schritt für den Verkauf.
- ▶ Die Kontrolle der Luftfahrt in 9 Flughäfen wird der Luftwaffe entzogen und dem EANA-Amt übertragen.
- ▶ Das Nationale Industrieregister, das 1972 geschaffen wurde, wird abgeschafft.
- ▶ Die digitale Unterschrift wird in weiteren Fällen zugelassen.
- ▶ Der Garantiefonds der ANSeS wird befugt, Treuhandfonds zu schaffen.
- ▶ Das Verfahren für die Eintragung von Marken und Patentrechten wird vereinfacht.
- ▶ Bei Auslandsreisen kann der Reisende bis zu 15 Kunstwerken als persönliches Gepäck mitnehmen. Die bisherige Genehmigung des Kulturministeriums wird abgeschafft.

Argentinien

Der Dollarkurs schloss am Mittwoch zu \$ 18,99, gegen \$ 18,78 eine Woche zuvor. Die ZB-Reserven betragen u\$s 55,02 Mrd, gegen u\$s 55,79 in der Vorwoche. Der Rofex-Terminkurs lag zum 28.12.18 bei \$ 22,31, was einen Jahreszinssatz von 19,94% zum Ausdruck bringt.

Der Merval-Aktienindex der Börse von Buenos Aires ging in einer Woche zum Mittwoch um 0,36% zurück, lag jedoch um 5,21% über Ende 2017.

Die argentinischen Staatspapiere verzeichnen in einer Woche zum Mittwoch eine Baisse. Die Entwicklung war im Einzelnen wie folgt: Argentina 2019: -0,14%; Argentina 2021: -0,60%; Argentina 2026: -0,98%; Argentina 2046: -2,73%; Bonar 2024: -0,69%.

Gold wurde in Buenos Aires (Banco Ciudad) am Mittwoch bei 18 Karat zu \$ 449,09 je Gramm gehandelt (Vorwoche: \$ 444,17) und bei 24 Karat zu \$ 641,56 (634,52).

Die Geldmenge, gemessen als monetäre Basis (Banknoten im Umlauf plus Depositen der Banken bei der ZB) stieg in 12 Monaten zum 8.1.18 um 22,21%, und das monetäre Aggregat M2 (Banknoten im Umlauf plus Giro- und Spardepositen), das sich auf Zahlungsmittel im weiteren Sinn bezieht, nahm um 31,73% zu.

Die gesamten Bankdepositen in Pesos stiegen in 12 Monaten zum 8.1.18 um 23,76% auf \$ 1,94 Bio., und die gesamten Pesokredite nahmen um 43,29% auf \$ 1,41 Bio. zu. Die Dollardepositen stiegen um 21,42% auf u\$s 30,54 Mrd., und die Dollarkredite um 64,90% auf u\$s 15,21 Mrd.

Die Bankkredite teilen sich im Dezember 2017 folgendermassen auf, mit folgenden Veränderungen gegen

Dezember 2016 (in Klammern): Vorschüsse, \$ 119,82 Mrd. (+23%); Dokumentierte Kredite: \$ 289,03 Mrd. (+46%); Hypothekarkredite: \$ 129,87 Mrd. (+104%); Pfandkredite: \$ 88,65 Mrd. (+68%); persönliche Kredite: \$ 351,69 Mrd. (+60%); Kreditkartendarlehen: \$ 291,57 Mrd. (+24%); Andere: \$ 53,75 Mrd. (+36%).

Im Jahr 2017 wurden 12,6 Mio. Rinder geschlachtet, 7,6% mehr als im Vorjahr, berichtet der Verband der Industrie und des Handels von Rindfleisch CICCRA. Die Fleischproduktion erreichte dabei 2,85 Mio. Tonnen, 7,7% mehr als im Vorjahr. 2,57 Mio. Tonnen (90,4% der gesamten Fleischproduktion) wurden intern konsumiert, was 58,4 Kg. pro Kopf ergibt, 5,6% über dem Vorjahr.

Am Donnerstag der Vorwoche hat die Regierung Staatsbonds für u\$s 9 Mrd. auf dem internationalen Finanzmarkt untergebracht, fast ein Drittel des gesamten für 2018 vorgesehenen Betrages. Davon wurden u\$s 1,74 Mrd. auf 5 Jahre zu 4,625% untergebracht, u\$s 4,25 Mrd. auf 10 Jahre zu 5,875%, und u\$s 3 Mrd. auf 30 Jahre zu 6,95%. Obwohl die Zinsen für Argentinien unter der Macri-Regierung spürbar gesunken sind, liegen sie noch weit über denen, die andere lateinamerikanische Staaten zahlen. Z.B. hat Mexico kurz zuvor Staatsbonds auf 10 und 30 Jahre zu 3,83% und 4,60% untergebracht.

Die Weizenernte 2017/18 wurde jetzt, nachdem über 90% der gesäten Fläche schon geerntet wurde, von der Getreidebörse von Buenos Aires auf 17 Mio. Tonnen geschätzt. Es ist auffallend, dass diese hohe Ernte trotz Überschwemmungen und Dürre erreicht wurde.

Transportminister Guillermo Dietrich hat den Kauf von 200 elektrisch angetriebenen Passagierwaggons für die Roca-Vorortseisenbahn (die vom Bahnhof Constitucion ausgeht) in China bekanntgegeben. Es handelt sich

um einen direkten Kauf, ohne Ausschreibung.

Der Zementkonsum erreichte 2017 12,2 Mio. Tonnen, 11,9% über dem Vorjahr, und knapp unter 2015, teilt der Verband der Zementfabrikanten mit.

Im Jahr 2017 reisten 9,5 Mio. Personen, die in Argentinien wohnhaft sind, in die Nachbarländer was mit Abstand einen Rekord darstellt. In den allermeisten Fällen handelt es sich um Personen, die sich nach Chile und Paraguay begeben, um billig einzukaufen.

Der Konzern "Fabricaciones Militares" der dem Verteidigungsministerium untersteht und in verschiedenen Fabriken Sprengstoffe, Pistolen u.a. Waffen erzeugt, und auch eine Werkstatt für Instandhaltung von Eisenbahnwaggons betreibt, hat 2017 \$ 2,4 Mio. vom Schatzamt (für Deckung des Defizites) erhalten, und beabsichtigt, 2018 nur \$ 1,8 Mrd. 2019 \$ 1 Mrd., 2020 \$ 500 Mio. und danach gar nichts an Subvention zu beanspruchen, gab der Geschäftsführer Luis Riva bekannt. Die Belegschaft beträgt zum 31.1.17 2050 Personen, von denen 85% vertraglich verpflichtet sind und somit keinen Beamtenstatus geniessen. In 354 Fällen wurden die Verträge, die am 31.12.17 abgelaufen sind, nicht erneuert."Fabricaciones Militares" wurde unter Menem stark verkleinert, nachdem das Stahlwerk Somisa (heute Siderar, vom Techint-Konzern) und auch das Werk für Messing- und Kupferprodukte (vornehmlich Röhre) privatisiert wurden.

Die Daten der SUBE-Karte und des Transportministeriums ergeben, dass täglich 7 Mio. Menschen im Raum von Gross Buenos Aires die Eisenbahn, die U-Bahn und den Omnibus verwenden, und insgesamt 13,4 Mio. Fahrten vollziehen. Davon verwenden 40% zwei Transportmittel hintereinander, so dass sie bei der zweiten Fahrt einen Abschlag auf den Tarif erhalten. Die Omnibusse stehen mit 11 Mio. Fahrten täglich an erster Stelle, während die Vororteisenbahnen und die U-Bahn

nur 1,2 Mio. Passagiere verzeichnen. Bei der Übertragung von Passagieren vom Omnibus auf die Eisenbahn und die U-Bahn, die notwendig ist, um den Strassenverkehr zu entlasten, fehlt noch viel.

In der Stadt Buenos Aires fanden im November 2017 6.757 Immobilienübertragungen statt, 34,6% mehr als im gleichen Vorjahresmonat, berichtet der Verband der Notare. In Werten waren es \$ 15,46 Mrd., 72,8% über dem Vorjahr. Von den gesamten Übertragungen entfielen 2.121 auf Käufe mit einer Hypothek, 184,3% mehr als im Vorjahr. In 11 Monaten 2017 fanden 55.520 Immobilienübertragungen statt, 43,2% über dem Vorjahr. Der Gesamtwert betrug \$ 128,90 Mrd., 103,5% über dem Vorjahr.

Das System der "gepflegten Preise" wurde bis Mai verlängert, mit 436 Produkten, die in 2.250 Supermärkten und Verkaufsketten zu verbilligten Preisen angeboten werden. Die Liste wurde um 50 Produkte erweitert, wobei Preiserhöhungen von durchschnittlich 1,76% zugelassen wurden. Die Liste ist per Internet erhältlich: www.precioscuidados.gob.ar

Die Telefonunternehmen Telefónica und Claro wurden durch Beschluss des ENACOM-Amtes für den Kabelfernsehdienst in verschiedenen Städten zugelassen. Ebenfalls wurde Supercanal, von Mendoza, gestattet, einen Mobiltelefondienst zu bieten.

Zwischen den Landwirten und den Schlachthäusern auf der einen Seite, und den Gerbereien auf der anderen Seite, besteht ein Konflikt, der schliesslich eine politische Entscheidung des Präsidenten erfordert. Im Dezember 2015 wurde der Exportzoll auf rohe Rinderhäute auf 10% beschränkt. Doch gleichzeitig wurde weiter der Beschluss 537/1992 des Wirtschaftsministeriums angewendet, der die 10% auf den Preis einer Rinderhaut bezieht, die in Chicago gehandelt wird ("Butt branded steer"), womit der Exportzoll faktisch auf 28% steigt. Gegen dies hat zunächst der Rindfleischexportkonzern ABC

formell protestiert, und dann auch landwirtschaftliche Verbände. Wenn jedoch der Exportzoll effektiv nur 10% betragen soll, dann ist das Leder, und auch die halbgerbten Häute ("wet blue"), nicht mehr konkurrenzfähig, was ein schwerer Schlag für die lokalen Gerbereien wäre, die Personal entlassen müssten. Ausserdem ginge dann beim Export der Zustatzwert des Leders gegenüber der Rinderhaut verloren. Das Grundproblem, das hier nicht erwähnt wird, besteht darin, dass die EU u.a. Staaten für Leder einen viel höheren Zoll als für Häute erheben. Wenn das nicht durch einen lokalen Exportzoll voll ausgeglichen wird, geht die Rechnung beim Leder nicht auf. Dieses Thema wurde jedoch bei den Verhandlungen zwischen dem Mercosur und der EU nicht vorgebracht.

Das Arbeitsministerium hat berechnet, dass die Tariflöhne im Laufe des Jahres 2017 durchschnittlich um 26,5% gestiegen sind. Dies bezieht sich auf 40 Gesamtarbeitsverträge, die im letzten Jahr abgeschlossen wurden. Doch im Jahresdurchschnitt waren diese Löhne nur 22,5% höher als 2016. Für die Regierung liegt die Zunahme über der Inflation, aber die Gewerkschaften gelangen mit einer eigenen Preiserhebung für 2017 auf eine Preiszunahme von 27,12%, so dass ein Reallohnverlust besteht.

Das Gesetz der Provinz Buenos Aires über die provinziellen Steuern sieht für 2018 Zunahmen von 56% bei der städtischen und 50% bei der ländlichen Immobiliensteuer vor, und gleichzeitig Abnahmen bei über 50 Fällen bei der Bruttoumsatzsteuer. 2017 war die Immobiliensteuer schon um 38% angehoben worden, also weit mehr als die Inflation.

Die Gewerkschaft der Handelsangestellten hat erreicht, dass die Inflationsklausel, die im Gesamtarbeitsvertrag des vorigen Jahres eingeschlossen war, jetzt effektiv angewendet wurde. Die Angestellten erhalten eine Zulage von 6%, die in drei monatlichen Raten von je 2% gezahlt werden, so dass die Zunahme von 2017 auf insgesamt 26% steigt.

Das Gesetzesprojekt über der Reform der Arbeitsgesetzgebung, das schon im Senat eingebracht wurde und in ausserordentlichen Sitzungen im Februar behandelt werden sollte, wird jetzt aufs Eis gelegt, nachdem der Spitzenverband der Gewerkschaften, die CGT, gespalten ist und nicht als Gesprächspartner mit der Regierung in Frage kommt. Unter diesen Umständen sind auch die peronistischen Senatoren und Deputierten, die jetzt nicht mehr zur Gruppe von Cristina K. gehören, angeblich nicht bereit, für die Reform zu stimmen. Indessen ist diese sehr wichtig, besonders was den Übergang von Schwarzarbeitern auf die Legalität betrifft. Die Vertagung der Behandlung dieses Gesetzesprojektes ist ein Schwächezeichen der Regierung.

Diesen Monat erhalten 1,3 Pensionäre, die die Mindestpension beziehen, eine Zulage von \$ 528. Es handelt sich nur um diejenigen, die mit 30 Jahren Beiträgen zum System zählen, was diejenigen, die sich den Moratorien angeschlossen haben, ausschliesst. Das Gesetz sieht vor, dass die Mindestpension 82% des gesetzlich festgesetzten Mindestlohnes betragen muss, der jetzt auf \$ 9.500 erhöht wurde, was \$ 7.790 ausmacht. Diese Zulage kostet die ANSeS \$ 697,28 Mio. im Jahr.

Das Gesetz über den Notstand auf dem Gebiet der elektrischen Energie, das im Dezember 2015 auf Initiative der Macri-Regierung in Kraft trat, ist Ende 2017 abgelaufen und wird nicht erneuert. Regierungssprecher weisen darauf hin, dass sich die Lage weitgehend normalisiert hat, wobei auch die Pannen bei der Stromversorgung im Raum von Gross Buenos Aires (Edenor und Edesur) stark zurückgegangen sind, weil viel in die Instandhaltung und Erweiterung des Verteilungsnetzes investiert wurde.

Der angesehene Landwirtschaftsexperte Gustavo Lopez (der die Firma "Agritrend" leitet) hat den Schaden, den ein Fortdauern der starken Dürre verursachen würde, auf u\$ 3,27 Mrd. geringere Deviseneinnahmen

als im Vorjahr (-11%) geschätzt. Laut Getreidebörse von Buenos Aires fehlen bei der Aussaat noch 2,25 Mio. Ha. bei Sojabohne und 1,2 Mio. Ha. bei Mais, von denen ein grosser Teil ohne Regen nicht gesät wird. Im Vorjahr (2016/17) wurden insgesamt 34,4 Mio. Ha. gesät und eine Gesamternte von Getreide und Ölsaaten von 129 Mio. Tonnen erreicht. Dieses Jahr (2017/18) sind bei guter Entwicklung des Klimas (ab jetzt) 35,65 Mio. Ha und 127,6 Mio. Tonnen, und bei schlechter 34,39 Mio. Ha. und 117,7 Mio. Tonnen vorgesehen.

Der Construya-Index, den die wichtigsten Fabrikanten von Baumaterialien auf Grund ihrer Lieferungen berechnen, lag im Dezember 2017 um 11,2% über dem gleichen Vorjahresmonat. Somit lag das Jahr 2017 um 13,7% über 2016.

Die argentinische Regierung hat mit der japanischen

in Tokio Gespräche über ein Doppalbesteuerungsabkommen eingeleitet. Es handelt sich hauptsächlich darum, zu vermeiden, dass die Anlagen japanischer Unternehmen in Argentinien einmal von der argentinischen Steuer und dann noch einmal von der japanischen voll erfasst werden.

Das Gesetz über den wirtschaftlichen Notstand von Anfang 2002 ist Ende 2017 abgelaufen und wurde nicht erneuert. Dieses Gesetz hat u.a. faktisch die Konzessionsverträge für Betreiber öffentlicher Dienste ausser Kraft gesetzt und der Regierung erlaubt, die Tarife willkürlich festzusetzen. In der Praxis ändert sich jetzt kaum etwas, da die Macri-Regierung ohnehin Tarife u.a. Bedingungen mit den Unternehmen vereinbart, und sich dabei vernünftig verhält.

Lateinamerika

In Brasilien wurden im Jahr 2017 2,23 Mio. Automobile, Lastwagen, Omnibusse und Kleinlaster verkauft, 9,93% mehr als im Vorjahr, teilt der Agenturenverband FNABRAVE mit. Dennoch liegt die Zahl weiter unter den 3,8 Mio. Einheiten, die 2012 verkauft wurden. Von den gesamten Kfz entfielen 1,85 Mio. (+9,9%) auf Automobile, 52.000 auf Lastwagen (+3,5%) und 15.000 (+10,6%) auf Omnibusse. Die Kfz-Produktion erreichte 2,7 Mio. Einheiten, 25,2% über dem Vorjahr. Dennoch ist diese Produktionszahl weit entfernt von den 3,71 Mio. Kfz., die 2013 erzeugt wurden. Die Produktion lag 2017 um 470.000 Einheiten über den im Land verkauften Kfz. Diese Fahrzeuge wurden vornehmlich nach Argentinien exportiert..

Die Vizepräsidentin der EU-Kommission, Federica Mogherini, gab bekannt, dass die EU zum ersten Handelspartner von Kuba aufgestiegen sei, und in diesem Sinn kündigte sie eine Reihe von Kooperationsabkommen an, die sich auf erneuerbare Energien, haltbare Landwirtschaft und Kultur, für insgesamt u\$s 50 Mio., beziehen.

Trotz der Unsicherheit wegen der protektionistischen US-Wirtschaftspolitik fertigen die Autobauer in Mexiko mehr Fahrzeuge denn je. Die Produktion stieg 2017 um 8,9% auf 3,77 Mio. Autos, wie der Verband der mexikanischen Automobilindustrie (Amia) mitteilte. Der Export stieg um 12,1% Prozent auf 3,1 Mio. Fahrzeuge. Relativ niedrige Löhne, gut ausgebildete Arbeitskräfte, ein großes Netz an Zulieferern und eine solide Infrastruktur machen Mexiko als Produktionsstandort für Automobilhersteller attraktiv. Mittlerweile sind fast alle großen Hersteller in dem lateinamerikanischen Land vertreten. Bis 2020 will

Mexiko pro Jahr 5 Mio. Autos bauen und der fünftgrößte Automobilstandort der Welt werden. (dpa)

Die Finanzkommission des venezolanischen Parlamentes hat mitgeteilt, dass die Inflation im Jahr 2017 2.616% betrug, wobei das Bruttoinlandsprodukt um 15% zurückging. Der Präsident der Kommission, der Deputierte José Guerra, erklärte, es fehle wenig, damit die Inflationsrate auf 10.000% jährlich steige. Präsident Nicolás Maduro hat den Mindestlohn im Jahr 2017 vier Mal erhöht, das letzte Mal am 31.Dezember. Dieser Lohn beträgt jetzt 797.510 Bolivar, was zum offiziellen Wechselkurs u\$s 238 und zum freien nur u\$s 6 ausmacht.

Die Risikoagentur Standard & Poor's hat venezolanische Bonds, die 2020 verfallen, im Defaltzustand eingestuft, nachdem ein Coupon von u\$s 45 Mio. in der Frist von 30 Tagen ab Verfall nicht gezahlt wurde. Vorher hatte der Verband der Makler von Schwellenländern (EMTA) schon auf diesen Defaltzustand hingewiesen.

In Mexico erreichte die Inflation im Jahr 2017 6,77%, die höchste Rate in 16 Jahren, teilt das statistische Amt (INEGI) mit.

In Brasilien sank die Inflationsrate im Jahr 2017 mit einer Zunahme von nur 2,95% auf den niedrigsten Stand in 20 Jahren, gab das Statistische Amt (IBGE) bekannt. Für 2018 rechnet die Regierung vorerst mit einer Inflation von 3,95%.

Geschäftsnachrichten

Messe Frankfurt G.m.b.H.

Dieses staatliche deutsche Unternehmen, das Messen verschiedener Art organisiert, hat im Jahr 2017 95.000 Aussteller und 4,3 Mio. Besucher ausgewiesen. Dabei wurde ein Umsatz von E 661 Mio. erreicht, mehr als in den zwei vorangehenden Jahren. Wie das IFO-Institut berechnet hat, erreichen die Ausstellungen der Messe Frankfurt allein in Deutschland 2017 einen Gesamtumsatz von E 3,6 Mrd., und schufen 33.260 Arbeitsplätze und Steuereinnahmen für den Staat in Höhe von E 657 Mio. Detlev Braun, Mitglied des Exekutivrates der Firma, wies auf die Präsenz in anderen Ländern hin, und hob dabei den Erfolg der argentinischen Filiale, Messe Frankfurt Argentina, hervor, die 2017 eine durchschnittliche Zunahme der Ausstellungen von 20% erreichte, mit einer Beteiligung von 926 Ausstellern und 70.000 Besuchern, bei Schaffung von 4.227 direkten und indirekten Arbeitsplätzen bei den drei Messen vom September 2017: Expoferretera, BIEL Light+Building Buenos Aires, und Argentina Oil & Gas Expo. Außerdem wurde die argentinische Filiale beauftragt, die XI. Konferenz der Welthandelsorganisation (OMC) zu organisieren, an der sich 4.000 Delegierte von 164 Staaten beteiligen. Außerdem hat sie die Weltkonferenz für die Entwicklung der Telefonverbindungen organisiert, die im Oktober 1.400 Personen von 140 Nationen einberief.

OCA

Dieses Postunternehmen, das größte unter den privaten, das vom Gewerkschafter Hugo Moyano über einen Strohmännchen kontrolliert wird, befindet sich in einer finanziell extrem schwierigen Lage und schuldet der AFIP \$ 3,4 Mrd., die zum Teil auch auf Arbeitnehmerbeiträge zum Pensionierungssystem entfallen, die mit dem Lohn gezahlt werden müssen, wobei die Einbehaltung einen strafbaren Tatbestand darstellt. OCA beschäftigt 7.000 Menschen, und deshalb fällt die Entscheidung schwer,

das Unternehmen aufzugeben, weil es keine Möglichkeit hat, ohne Subventionen zu überleben. Die offizielle Genehmigung für den Postdienst war abgelaufen und zunächst für 30 Tage verlängert worden, die auch abgelaufen sind. Jetzt hat das ENACOM-Amt, das für Post und Telefonie zuständig ist, OCA eine weitere Frist von 40 Tagen gewährt, womit das Problem nur hinausgeschoben, aber nicht gelöst wird. Das Grundproblem besteht darin, dass der Postdienst stark geschrumpft ist, weil die traditionellen Briefe durch Internet ersetzt wurden.

Banco Santander Río

Diese lokale Bank, eine Tochtergesellschaft der spanischen Santander, die seinerzeit die schon bestehende Banco Río de la Plata vom Konzern Pérez Companc übernommen hat, wurde von der Zeitschrift Latin Finance als die beste Bank in Argentinien im Jahr 2017 ausgezeichnet. Diese Auszeichnung erhielt die Bank jetzt fünf Mal: 2008, 2010, 2011, 2012 und 2017. Besonders hervorgehoben wurde die Übernahme der lokalen Filiale der US-Bank Citi, mit der Santander zur größten Privatbank des Landes aufstieg.

Grupo Piero

Dieser lokale Konzern, der mit einem Anteil von 32% führend auf dem Gebiet der Matratzen ist, hat Produktionsminister Francisco Cabrera sein Investitionsprogramm von \$ 600 Mio. (gleich etwa u\$s 30 Mio.) vorgestellt, das für eine Modernisierung der Fabriken in Buenos Aires, Santa Fé, Córdoba und San Luis bestimmt ist. Piero erzeugt die Matratzen der Marken Piero, Cannon, Suavegom, Suavestar und Gani. Außerdem besitzt die Firma die Fabrik Petroquímica Rio Tercero, die den Rohstoff für den Schaumstoff der Matratzen liefert. 2017 hat die Firma eine moderne Anlage für die Erzeugung von Schaumstoff für \$ 300 Mio. errichtet.

Shell CAPSA

Der Vorstandspräsident der lokalen Shell-Filiale, Teófilo Lacroze, wies zum Jahresabschluss auf das ausgezeichnete Ergebnis der Firma bei Ausbeutung des Lagers Vaca Muerta hin. Shell habe dort die erste Anlage für frühe Förderung eingerichtet, und auch die Forschung in zwei neuen Gebieten in Verbindung mit YPF und Pluspetrol aufgenommen, und dabei eine Förderung von 3.500 Barrel pro Tag von nicht konventionellem Erdöl erreicht. Die Firma sei intensiv an der Erweiterung der Auslastung der Kapazität der Anlage tätig, die bei 10.000 Barrel pro Tag liegt. Shell hat auch Fortschritte bei ihrer traditionellen Vertriebstätigkeit erreicht, und in diesem Sinn 2017 20 neue Tankstellen eröffnet. Bei sämtlichen Produkten hat Shell den Marktanteil erhöht. Diese Entwicklung widerspricht den Redensarten über einen Verkauf der lokalen Shell. Die Firma war bisher in Argentinien nur beim "downstream" tätig (Raffinerien und Vertrieb). Jetzt steigt sie zunehmend in den "upstream" ein (Forschung und Förderung von Erdöl und Gas). Shell ist auch einer der Hauptlieferanten von verflüssigtem Gas (GNL), das auf dem Schiffsweg nach Argentinien gelangt.

Edenor

Der Vorstandsvorsitzende und Geschäftsführer dieses Stromverteilungssunternehmens, Ricardo Torres, wies darauf hin, dass die Firma 2017 \$ 4,2 Mrd. investiert habe (etwa u\$s 250 Mio.) und 2018 \$ 5 Mrd. (auch ca. u\$s 250 Mio.) investieren werde. Die Stromverteilungsstation in General Rodriguez sei erweitert worden, und außerdem seien sechs neue Verteilungsanlagen errichtet und 250 km. neuer Kabel von mittlerer Spannung gelegt worden. Schließlich seien ca. tausend Transformationsstationen mit niedriger Spannung eingerichtet worden. Für 2018 sind weitere Investitionen vorgesehen, um Stromverluste auszumerzen und Pannen zu verringern und zu verkürzen. Das Unternehmen schreite außerdem mit der Ausbildung des Personals und dem Übergang von Amtsschritten auf Internet energisch voran. Diese positive Entwicklung, bei der das Unternehmen Schritt mit der Zunahme des Stromkonsums hält, war nur möglich, weil die Macri-Regierung mit Edenor zusammenarbeitet und Verständnis für die Problematik der Stromverteilung zeigt, was unter den Kirchners nicht der Fall war.

Die komplexe Energieproblematik

In 11 Monaten 2017 weist die Außenhandelsbilanz auf dem Gebiet der Energie (Erdöl, Benzin, Dieselöl, Heizöl und Schmierstoffe, Gas und Strom) ein Defizit von u\$s 3,1 Mrd. aus, was 40% des gesamten Außenhandelsdefizits von u\$s 7,65 Mrd. ausmacht. In dieser Periode hat der Import von Erdöl 6,6 Mio. Barrel erreicht, 19,2% mehr als in der gleichen Vorjahresperiode, während die lokale Förderung in 10 Monaten 2017 um 7,2% unter dem Vorjahr lag. Außerdem stieg der Konsum von Superbenzin in dieser Periode gegenüber dem Vorjahr um 3%, und der von Premium-Benzin um fast 20%.

Der ehemalige Energiesekretär (unter Alfonsín), und heute Präsident des Institutes Mosconi (das sich mit Studien über die Energiewirtschaft befasst), Jorge Lapeña, weist darauf hin, dass dies auf eine falsche Energiepolitik während der letzten 15 Jahre zurückzuführen ist. In der Tat hätte schon lange viel mehr getan werden müssen, um es nicht zur gegenwärtigen Lage kommen zu lassen. Jetzt muss die verlorene Zeit aufgeholt werden, und das ist nicht einfach.

Energie- und Bergbauminister Juan José Aranguren ist sich des Problems bewusst und hat eine vielfältige Energiepolitik in Gang gesetzt, um dies zu überwinden. Ob und wie schnell ihm dies gelingt, ist eine andere Frage. Konkret wurden auf dem Gebiet des Erdöls günstigere Bedingungen für Investitionen in Forschung und Förderung eingeführt. In diesem Sinn wurde der interne Erdölpreis an den internationalen gekoppelt, und unlängst auch der Import von Erdöl freigegeben (ohne Genehmigung, wie es bisher der Fall war).

Wenn der interne Preis unter einem von der Regierung festgesetzten Richtpreis liegt, dann zahlt der Staat die Differenz. Beim Gas hat die Macri-Regierung den Preis ab Gaslager erhöht. Die Rahmenbedingungen der Erdölwirtschaft sollen auf diese Weise eine gewisse Rentabilität sichern. In diesem Sinn wurde auch der Arbeitsvertrag der

Erdölarbeiter (zunächst nur für Vaca Muerta, und dann allgemeiner) dahingehend geändert, dass eine höhere Produktivität erreicht wird, die mit niedrigeren Arbeitskosten verbunden ist.

Die Erdölförderung nimmt bei den Lagern, die schon ausgebeutet werden, ständig ab, weil sie sich erschöpfen. Die Produktion aus neuen Lagern reicht nicht aus, um dies auszugleichen. Jetzt werden grosse Hoffnungen auf das Schiefergas- und Erdöllager "Vaca muerta", in Neuquén gesetzt, das der Staat auch durch Infrastrukturinvestitionen fördert. Diese nicht-konventionelle Förderung ist jedoch viel teurer als bei traditionellen Lagern, so dass Erdöl und Gas zu viel höheren Kosten gefördert werden, als bei traditionellen Lagern.

Es finden ständig neue Ausschreibungen für Erdöl- und Gasforschung und Förderung statt, so dass man damit rechnen kann, dass die Erdölförderung wieder steigt und die von Gas stärker zunimmt. Dabei muss man sich damit abfinden, dass Erdölprodukte und Gas real zunächst zunehmend teurer sein werden.

Allein, die Energiepolitik beschränkt sich nicht auf Erdöl und Gas. Die Regierung ist sich bewusst, dass der Energiebedarf zunehmend mit Wasser- und Windkraftwerken, und auch mit Sonnenanlagen, gedeckt werden muss, einmal, weil sie umweltfreundlicher sind und sich auch die argentinische Regierung im Rahmen des internationalen Klimaabkommens verpflichtet hat, den Ausstoß von Kohlendioxid einzudämmen. Doch außerdem verfügt das Land über große Möglichkeiten in diesem Sinn: Es können noch zahlreiche Wasserkraftwerke gebaut werden, sowohl große wie auch kleine, es besteht viel Wind in Patagonien und auch genügend in anderen Gegenden, und die Sonne scheint in weiten Gebieten des Landes kräftig.

Was Wasserkraftwerke betrifft, so befinden sich die zwei großen am Fluss Santa Cruz seit einigen Monaten in Bau, nachdem das ursprüngliche Projekt verbessert wurde. Jetzt muss dafür gesorgt werden, dass die Werke so schnell wie möglich fertig sind. Das Wasserkraftwerk Chihuidos, in Neuquén, (700MW), das viel wirtschaftlicher als die von Santa Cruz ist, war schon an eine russische Firma zugeteilt worden, die es auch zum großen Teil finanzierte. Aber die Macri-Regierung hat die Revision des Projektes hinausgezogen, und schließlich zog sich das russische Unternehmen zurück. Danach geschah nicht viel. Die übliche Schlampererei.

Es bestehen noch weitere Möglichkeiten auf dem Gebiet der Wasserkraftwerke, an erster Stelle das Kraftwerk Aña Cuá, an einem Nebenarm des Paraná, bei Yacretá, das große Wasserkraftwerk, das jetzt zusätzliche Turbinen erhält. Es ist das wirtschaftlichste von allen neuen Wasserkraftwerken. Außerdem befindet sich das Projekt Garabí, am Uruguay-Fluss, in Zusammenarbeit mit Brasilien in Gang, aber sehr langsam. Es muss beschleunigt werden. Die Regierung will jetzt Wasserkraftwerke mit dem PPP-System der privat-öffentlichen Zusammenarbeit errichten. Das ist eine gute Idee, für deren Einsatz jedoch noch Einzelheiten geklärt werden müssen

Für die Errichtung von Windstromanlagen, Solaranlagen und kleinen Wasserkraftwerken wurden schon Ausschreibungen eingeleitet, bei denen der Staat einen bestimmten Tarif garantiert. Der Fortschritt ist hier groß, aber die Investition pro KW ist wesentlich höher als bei traditionellen Kraftwerken. Windkraftwerke sind in den letzten Jahren billiger geworden, wobei sie in den Gegenden mit viel Wind, besonders den sogenannten Windkorridoren in Patagonien, eine hohe Leistung haben, was geringere Investitionen und auch niedrigere Kosten pro KWSt. bedeutet. Da die Kapitalinvestitionen pro KWSt. bei dieser Energieform dennoch hoch sind, ist der Zugang zum internationalen Kapitalmarkt zu niedrigen Zinsen entscheidend.

Schließlich wird jetzt auch die Einrichtung von Solaranlagen auf den Dächern der Wohnungen gefördert, nachdem vor Kurzem bestimmt wurde, dass der überschüssige Strom an das Netz geliefert werden kann. Und dann kommen noch die Kernkraftwerke hinzu, die mit China verpflichtet worden sind. Atomkraftwerke sind umweltfreundlich, weil es keinen Ausstoß von schädlichen Gasen gibt, aber gefährlich, wobei auch das Problem mit

der Lagerung des verbrauchten Urans noch nicht gelöst ist. Auf alle Fälle ist der Strom aus Kernkraftwerken, bei richtiger Kostenrechnung, viel teurer als der von Wärme- oder Wasserkraftwerken.

Doch die Lösung bei der Energieproblematik hängt auch von einem rationelleren Stromkonsum ab. Wenn die Wirtschaft effektiv 3% und mehr pro Jahr wächst, wie es die Regierung vorsieht, dann besteht die Gefahr, dass die Stromerzeugung die Nachfrage nicht voll befriedigen kann. Deshalb muss diese rationell gestaltet werden, so dass dort gespart wird, wo kein Schaden entsteht. Bei den Haushalten wird dies schon durch einen Rabatt bei geringerem Konsum als im Vorjahr gefördert. Ebenfalls wirkt die stärkere Tarifprogression, die jetzt eingeführt wurde, in diesem Sinn, weil sie Haushalte mit hohem Konsum stärker belastet, die am meisten sparen können, einmal indem die Luftkühlapparate auf 24 statt 18 Grad eingeschaltet werden, und auch abgeschaltet werden, wenn sich niemand in einem gekühlten Raum befindet. Der real teurere Strom verleitet gelegentlich auch dazu, den Eisschrank u.a. elektrischen Anlagen durch neue zu ersetzen, die viel weniger Strom verbrauchen.

Aber bei Unternehmen fehlt noch viel. Diejenigen, die eigene Stromanlagen in den Spitzenzeiten einsetzen, sollten (wie in Deutschland) mit einem geringeren Tarif belohnt werden. Wenn der Konsum in den kritischen Abendstunden bei Unternehmen abnimmt, dann kann der Strombedarf mit einer geringeren Kapazität der Kraftwerke gedeckt werden.

Im gleichen Sinn sollte allgemein ein niedrigerer Tarif für die Nachtstunden ab 12 Uhr bestehen, in denen der Konsum drastisch zurückgeht. Auf diese Weise kann Stromkonsum in bestimmten Fällen (wie das Wärmen des Wassers für die Morgendusche) vom Tag auf die Nacht übertragen werden. Die Stromverteiler Edesur und Edenor arbeiten schon in diesem Sinn, indem sie bei Haushalten neue Messgeräte einführen, die den Konsum in den Nachtstunden separat messen. Das schreitet jedoch sehr langsam voran.

Es sollte durchaus möglich sein, das Energiedefizit bei der Handelsbilanz unmittelbar zu verringern und in zwei oder drei Jahren auszumerzen. Doch dazu muss der Rhythmus der Entscheidungen der Regierung beschleunigt werden.

Stark gestiegene Kfz-Importe im Jahr 2017

Die Entwicklung der lokalen Kraftfahrzeugwirtschaft war im letzten Jahr, in Einheiten, wie folgt. In Klammern wird die Veränderung gegenüber dem Vorjahr angegeben.

	Dezember 2017	Jahr 2017
Produktion	33.280 (-17%)	472.158 (-0,12%)
Lieferungen an Agenturen	90.307 (+25,4%)	883.802 (+22,5%)
Exporte	28.202 (-3,2%)	209.587 (+10,3%)
Importe ⁽¹⁾	75.229 (+203,2%)	620.231 (+141,4%)

Quelle: ADEFA (Verband der lokalen Kfz-Fabrikanten).

⁽¹⁾Die Importzahlen wurden als Differenz berechnet, ohne Veränderungen des Bestandes zu berücksichtigen. Ebenfalls sind Importe von Marken nicht inbegriffen, die nicht zu denen der lokalen Fabrikanten gehören (wie BMW, Kia u.a.), die zum Unterschied mit den Importen aus Brasilien den Zollsatz von 35% zahlen.

Von der lokalen Produktion entfallen 268.458 Einheiten auf Lastwagen und Kleinlastwagen, und 202.700 auf Automobile. Es ist das erste Mal, dass Automobile an zweiter Stelle stehen. Bis in die 90er Jahre des vorigen Jahrhunderts wurde der interne Bedarf an Kfz. fast vollständig mit lokaler Produktion gedeckt. Der kompensierte Austausch mit Brasilien, der zunächst eins zu eins war, änderte gesamthaft nichts an dieser Lage. Dadurch wurde den Fabriken eine Spezialisierung erlaubt, die kostensenkend wirkte. Doch nach und nach wurde das System bei Seite gelassen.

Im Jahr 2017 haben die Importe die lokale Produktion verdrängt, die gegenüber dem Vorjahr leicht zurückgegangen ist. Im Jahr 2013 erreichten die lokalen Fabriken eine Rekordproduktion von 791.000 Einheiten, und seither sind weitere Investitionen zur Erweiterung der Kapazität vorgenommen worden, so dass man mit 850.000 Kfz. rech-

nen kann. Die Kapazitätsauslastung betrug somit 2017 nur 55,5%. Argentinien hat somit knappe Devisen vergeudet, die es durch lokale Produktion hätte sparen können.

Die Importe der lokalen Fabriken, die fast ausschließlich aus Brasilien stammen, lagen im Dezember bei 266,75% der Importe, und im Jahr 2017 bei 295,93%. Das Abkommen über den kompensierten Kfz-Austausch mit Brasilien, das jahrelang eingehalten wurde, sah in seiner letzten Fassung vor, dass die Importe in beiden Richtungen nur um 50% höher als die Exporte sein durften. Das Abkommen ist zwar vor Jahren schon abgelaufen, wurde jedoch zunächst stillschweigend verlängert, aber mit einer zunehmenden Abweichung von der Regel. Im Jahr 2017 wurde es vollständig aufgehoben, so dass brasilianische Kfz., die zollfrei ins Land kommen, in hohen Mengen importiert wurden.

Die brasilianische Industrie erzeugt Automobile, Lastwagen und Kleinlastwagen viel billiger als die argentinische, obwohl die lokalen Fabriken in den 90er Jahren mit hohen Investitionen grundlegend modernisiert wurden, und technologisch keinen Unterschied mit den brasilianischen aufweisen. Einmal sind die Fabriken in Brasilien grösser, was höhere Stückzahlen und niedrigere Kosten bedeutet; dann sind die Arbeitskosten niedriger (und noch mehr nach der jüngsten brasilianischen Reform der Arbeitsgesetzgebung), und dann sind Stahl und besonders Stahlblech, und auch die meisten Zubehöerteile, viel billiger. Schließlich ist auch die Steuerbelastung in Brasilien geringer, und der Zugang zu Bankkrediten einfacher und billiger.

Argentinien kann sich das hohe und zunehmende Ungleichgewicht beim Kfz-Austausch mit Brasilien zahlungsbilanzmäßig nicht leisten, nachdem ein hohes Handelsbilanzdefizit besteht, das auf Dauer untragbar ist. Ebenfalls

ist es nicht sinnvoll, weniger zu produzieren, als es sein könnte, wenn weniger importiert würde. Bei Einhaltung der sogenannten “Flex-Regel” von 50% mehr Importen als Exporten, hätten 2017 nur 314.380 Kfz importiert werden dürfen, so dass die lokale Industrie theoretisch 305.850 Kfz (65%) mehr hätte produzieren können, was auch zu einer höheren BIP-Zunahme und einer höheren Beschäftigung geführt hätte. Dabei wäre das Handelsbilanzdefizit von 2017 um über u\$ 4 Mrd. geringer gewesen, also faktisch halbiert worden. Gewiss keine Kleinigkeit!

Die Regierung nimmt nicht Stellung zum Thema, und wir sind in der Presse die Einzigen, die darauf hinweisen. Da die lokalen und die brasilianischen Kfz-Fabriken den gleichen multinationalen Firmen gehören, ist der Fall für sie nicht so problematisch. Doch er ist es für die argentinische Wirtschaft.

Wenn das System des kompensierten Fahrzeugaus-tausches abgeschafft wird, wie es die brasilianische Re-gierung fordert, dann muss das Mercosur-Abkommen dahingehend geändert werden, dass Importkontingente zugelassen werden. Das würde erlauben, die Importe von Automobilen, Lastwagen und Kleinlastern zu begrenzen und die Firmen zu zwingen, mehr Modelle in ihren argen-tinischen Fabriken zu erzeugen. Und wenn Brasilien nicht damit einverstanden ist, dann muss der Mercosur von einem gemeinsamen Markt in ein Freihandelsabkommen umgewandelt werden, bei dem die einzelnen Bereiche des bilateralen Handels unterschiedlich behandelt werden. Indessen steht all dies überhaupt nicht zur Diskussion. Einfach unbegreiflich!